



**Dr. Martin Breidert, Sprecher der Deutsch- Palästinensischen Gesellschaft, Regionalgruppe NRW Süd, Dozent und Pfarrer i.R.**

Deutsch-Arabische  
Gesellschaft

Liebe Freunde der Menschenrechte und des Völkerrechts,

[www.d-a-g.de](http://www.d-a-g.de)

vor 3 Monaten besuchte ich mit der katholischen Friedensorganisation Pax Christi und der Ärzteorganisation IPPNW die besetzte Westbank. Immer wieder sagten die Menschen sinngemäß: "Wir wollen als Menschen behandelt werden und nicht wie Tiere." Dieser Aufschrei gilt erst recht für die Bewohner von Gaza.

Ganz anders sieht das der ehemalige israelische Botschafter in den USA, Salman Shoval. Im DLF sagte er, eigentlich sei Gaza doch ein "unabhängiger Staat". Das ist Zynismus. Und sein Nachfolger in Washington, der jetzige israelische Botschafter Don Dermer, hat die Dreistigkeit, die Chuzpe zu sagen, die israelische Armee verdiene den Friedensnobelpreis.

Der erneute Gazakrieg ist wieder einmal eine Waffenschau, und Israel wirbt mit dem Label "war profed - im Krieg erprobt".

Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte fordert eine internationale Untersuchung der Kriegsverbrechen. Bundespräsident Gauck tritt überall in der Welt vehement für die Menschenrechte ein. Bei den Menschenrechtsverletzungen Isda4ls jedoch schweigt er.

Das zionistische Projekt war von Anfang an auf die Unterwerfung oder gewaltsame Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung angelegt.

Israels Sicherheit soll deutsche Staatsräson sein - in welchen Grenzen, fragt sich jeder denkende Mensch. Das Programm der Regierungspartei Likud enthält den Passus, dass es niemals einen palästinensischen Staat geben darf. Alle staatlichen Schulbücher haben den Jordan als Ostgrenze. Entsprechend hat der stellvertretende Knessetsprecher Moshe Feiglin, ein Mitglied von Likud, in einer Sieben-Punkte-Erklärung festgestellt: Gaza bleibt für ewig jüdisches Land. Was soll mit 1,8 Millionen Bewohnern von Gaza geschehen? Der Zionist Feiglin hat darauf eine Antwort: "Die meisten Araber werden den Gazastreifen verlassen wollen. Die sich dafür entscheiden zu bleiben, erhalten eine Aufenthaltsgenehmigung." Was das bedeutet, wissen die Palästinenser in Ostjerusalem, die mit trickreichen Methoden aus ihren Häusern in Ostjerusalem vertrieben werden.

Seit 1967 hat jede israelische Regierung, ob rechts oder links, den Bau der israelischen Kolonien, der sog. Siedlungen, vorangetrieben, ob linke oder rechte Regierungen, ob vor oder nach den Oslo-Abkommen.

Gideon Levy von der israelischen Zeitung Haaretz, der mit Morddrohungen belegt ist, sagte letzte Woche im DLF: "Jeder Deutsche, dem die Zukunft Israels am Herzen liegt, sollte die Stimme laut vernehmlich zur israelischen Politik erheben."

Und was ist mit dem jetzt so viel beschworenen Antisemitismus? Die israel-Vertreter, die schnell mit diesem Vorwurf zur Hand sind, sollten sich mit allen gewaltfreien Mitteln für ein Ende der Blockade und der Besatzung einsetzen. Dann werden die Israel-Kritik und der sogenannte Antisemitismus rapide abnehmen.

Letzte Woche hat mich Lillian Rosengarten besucht. Sie ist eine Shoa-Überlebende, die in Frankfurt geboren wurde und in New York lebt. Sie ist eine Menschenrechtsaktivistin, die 2011 Gaza besuchte. Nun ist ihr Buch erschienen: "Ein bewegtes Leben: Von den Schatten Nazi-Deutschlands zum jüdischen Boot nach Gaza." (Zambon Verlag)

Die vermeintlichen Terroristen der Hamas umarmten Lillian Rosengarten, weil sie sahen, dass es Juden und Jüdinnen gibt, die sich für die Menschenrechte der Palästinenser einsetzen. Am Samstag nahm Lillian Rosengarten an einer Demonstration in Frankfurt teil, wo sie ebenfalls von Palästinensern freudig umarmt wurde.

Was können wir tun? Viele verlassen solch eine Demonstration mit dem Gefühl der Ohnmacht.

Wir alle sind aufgefordert, uns an der internationalen Boykottbewegung zu beteiligen und keine Waren aus Israel zu kaufen bzw. Investments aus Israel abzuziehen, solange Israel die Blockade und die Besatzung aufrechterhält.

Erst vor wenigen Wochen hat die anerkannte Presbyterianische Kirche in den USA sich dafür entschieden, ihre Geldanlagen von Caterpillar, Hewlett Packard und Motorola zurückzuziehen, weil sie mit der israelischen Besatzung Geschäfte machen.

Ich fordere:

- Der Internationale Strafgerichtshof muss die Kriegsverbrechen untersuchen, die während des Gazakriegs begangen wurden und noch werden.
- Israel muss das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes von 2004 anerkennen, das den Mauerbau und die Siedlungen nach der IV. Genfer Konvention als völkerrechtswidrig bezeichnet hat.
- Die EU muss die Mittel des EU-Forschungsprogramms "Horizon 2020" für die israelische Forschung einfrieren.
- Die EU muss das Assoziierungsabkommen mit Israel aussetzen (vgl. Art. 2), solange es permanent die Menschenrechte verletzt, wie der Bericht des UN-Menschenrechtsrats vom März 2013 beweist.
- Die EU muss ihre Leitlinien vom 19.7. 2013 implementieren, wonach weder die Westbank noch der Gazastreifen, weder Ostjerusalem noch die Golanhöhen zum israelischen Staatsgebiet gehören.
- Die internationale Staatengemeinschaft muss Sanktionen gegen Israel beschließen, um Israel zur Einhaltung des internationalen Rechts zu zwingen.

(Es gilt das gesprochene Wort)